

Die Soziale Marktwirtschaft vor neuen Herausforderungen

FESTVORTRAG ANLÄSSLICH DER VERLEIHUNG DES PREISES SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT 2017 AN DEN NATIONALEN NORMENKONTROLLRAT

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, lieber Hans-Gert Pöttering, sehr geehrter Herr Präsident, lieber Herr Schweitzer, herzlichsten Dank auch für die Gastfreundschaft. Verehrte Preisträger des Nationalen Normenkontrollrates, sehr geehrter Herr Prof. Ludewig, meine sehr verehrten Damen und Herren der Jury, die Sie an der Entscheidungsfindung mitgewirkt haben und die Sie heute zur Preisverleihung gekommen sind.

Es ist für mich eine ausgesprochen große Freude und Ehre, heute anlässlich der 15. Preisverleihung dieses bedeutenden Preises hier die Festrede halten zu dürfen. Und es ist keine Selbstverständlichkeit, dass Sie mir die Ehre anvertrauen, etwas zur Sozialen Marktwirtschaft zu sagen – gelte ich doch als jemand, der angeblich am linken Flügel der CDU positioniert ist. Das zeigt Ihren Wagemut, aber auch Ihr Vertrauen in mich – und, dass ich vielleicht doch nicht in jedes Kästchen hineinpasse, in das man mich gerne stecken will.

Der „Preis Soziale Marktwirtschaft“ ehrt und erinnert in zweierlei Hinsicht. Er ehrt und erinnert an diejenigen, die den Preis gestiftet haben – die Konrad-Adenauer-Stiftung selbst. Der Preis ehrt und erinnert aber auch an denjenigen, der neben Konrad Adenauer wie kein Zweiter die Grundlagen für unsere Bundesrepublik Deutschland, wie wir sie heute kennen, für den Wohlstand in unserem Land mitgelegt hat: Ludwig Erhard.

Die alljährliche Preisverleihung ruft die Frage hervor, warum man eigentlich auch im Jahr 2017 noch einen Preis für Soziale Marktwirtschaft verleihen muss. Ist die Soziale Marktwirtschaft so unter Druck? Ist sie so umstritten, dass man mit einem Preis immer wieder an sie erinnern muss? Ich glaube, die Preisfindung und die Preisverleihung dienen dazu, sich immer wieder zu vergewissern und zu vergegenwärtigen, was Soziale Marktwirtschaft heißt. Dass sie im Jahr 2017 vor anderen Herausforderungen steht, als das in den 1950er Jahren der frühen Bundesrepublik Deutschland der Fall war, ist ersichtlich. Daher bin ich sehr dankbar, dass es diesen Preis gibt, bin der Adenauer-Stiftung sehr dankbar, dass sie diese Preisfindung und die Preisverleihung immer wieder durchführt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, vor wenigen Wochen haben wir 100 Jahren Oktoberrevolution gedacht. Die Oktoberrevolution, das daraus entstehende kommunistische Regime und ihre weiteren Folgen waren die extreme, die gewalttätige, ja die extremistische Antwort auf einen extremen Marktliberalismus, der Massen von Menschen zu Beginn des letzten Jahrhunderts im Elend zurückgelassen hat.

In dieser Zeit hat ein junger 20-Jähriger Einzelhandelskaufmann als Soldat an der Front im Ersten Weltkrieg gedient. Dieser junge Soldat ist damals bei seinem Einsatz so schwer verletzt worden, dass es ihm später nur noch schwer möglich gewesen wäre, als Einzelhandelskaufmann stundenlang seiner Arbeit nachzugehen. Er hat sich darauf-

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

BERLIN

ANNEGRET KRAMP-
KARRENBAUER

6. Dezember 2017

www.kas.de

www.kas.de/psm

hin entschlossen, eine wissenschaftliche Laufbahn einzuschlagen. Sein Name war Ludwig Erhard. Deswegen gehören beide Ereignisse zusammen – denn das, was Ludwig Erhard, was Männer und Frauen seiner Generation angetrieben hat, war sicherlich, dass es auf die Tatsache der Massenverelendung eine andere Antwort geben muss als die, die die Bolschewiken, als die, die der Kommunismus den Menschen gegeben hat.

Diese Antworten kamen insbesondere aus dem christlichen, aus dem kirchlichen, aus dem katholischen Lager in Form der katholischen Soziallehre, die Ludwig Erhard sehr geprägt hat. Diese Antworten kamen aber auch aus der Denkschule des Ordoliberalismus, aus der letztlich das entstanden ist, was wir heute als Soziale Marktwirtschaft kennen. Ein Konzept, das kluge Wissenschaftler mit ersonnen haben, das aber vor allem Ludwig Erhard politisch umgesetzt hat. Ein Konzept, das aus meiner Sicht auf Dreierlei setzt: erstens auf einen vernünftigen Ausgleich zwischen dem Bedürfnis nach sozialer Sicherheit auf der einen Seite und wirtschaftlicher Freiheit auf der anderen Seite. Zweitens darauf, dass der Markt immer das Mittel sein muss, nie Selbstzweck sein kann, und drittens darauf, dass der Mensch als Mittelpunkt einer umfassenden Teilhabe bedarf. Mit dieser umfassenden Teilhabe, die sich hinter dem Satz „Wohlstand für alle“ verbirgt, war eben nicht nur gemeint, dass die Menschen umfassend am neu entstandenen Wohlstand, am Konsum teilhaben konnten – sondern auch, dass sie im wahrsten Sinne des Wortes aktiv an der Gesellschaft teilhaben konnten. Diese Denkschule, diese Grundprinzipien sind aus meiner Sicht von einem ganz besonderen Verständnis, einer sehr realistischen Wahrnehmung des Menschen geprägt: dem christlichen Menschenbild, das den Menschen in all seinen Schwächen wahrnimmt, aber eben auch in seiner Stärke. Das dem Mensch in seiner Stärke auch etwas zumutet – und vor allem etwas zutraut.

Wenn die Soziale Marktwirtschaft zu Beginn der Bundesrepublik Deutschland vor dem Hintergrund einer schwierigen, ja desaströsen Versorgungslage der mutige Ansatz

war, aus alten Denkschulen herauszutreten und dieses Land mit den Selbstbefreiungskräften des Menschen wieder aufzubauen, dann bin ich mir ganz sicher: Dieser Ansatz hat sehr viel mit Risiko, mit Risikobereitschaft, mit Mut zu tun – aber auch mit der Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen. Ich glaube nicht, dass man von Ludwig Erhard einen Satz gehört hätte, der lautet: „Lieber keine Soziale Marktwirtschaft, als eine falsche Soziale Marktwirtschaft“. Ich glaube, er hätte zumindest versucht, das Prinzip durchzusetzen, was er für richtig gehalten hat.

Heute stehen wir, steht Deutschland, steht die Soziale Marktwirtschaft, wie wir sie kennen und definieren, vor neuen globalen Herausforderungen – vor Entwicklungen wie der Digitalisierung, die es geradezu verlangen, dass wir uns auch in einer großen Dynamik, in einer großen Freiheit und in einer großen Offenheit des Denkens auf diese Herausforderungen einlassen. Die drei Grundlinien – der Ausgleich zwischen sozialer Sicherheit und wirtschaftlicher Freiheit, der Markt als Mittel und vor allem die Frage der umfassenden Teilhabe –, sie stellen sich in einer globalisierten und in einer digitalisierten Welt noch drängender und in einer noch größeren Dimension.

Wenn der Befund der letzten Tage lautete, dass wir in Deutschland aktuell rund 7,5 Millionen funktionale Analphabeten haben, dann ist das auch ein großes Versagen unserer bisherigen Bildungsanstrengung. Es beantwortet aber noch nicht die Frage, wie viele Millionen Menschen eigentlich als digitale Analphabeten in unserem Land leben. Das ist eine genauso große Herausforderung. Um beides müssen wir uns kümmern. Was braucht man, um sich darum zu kümmern? Man braucht zu allererst das Bewusstsein, dass hier etwas in einer Schiefelage ist, dass unser aller Engagement gefordert ist. Mich erinnern diese Tage an die 1990er Jahre und an die berühmte „Ruckrede“ des damaligen Bundespräsidenten Roman Herzog.

Eine Situation, die von außen betrachtet überhaupt nicht vergleichbar mit der Situation des Jahres 2017 ist. Wir hatten eine

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

BERLIN

ANNEGRET KRAMP-
KARRENBAUER

6. Dezember 2017

www.kas.de

www.kas.de/psm

schwierige Wirtschaftslage, wir hatten eine steigende Arbeitslosigkeit, wir hatten eine Arbeitsmarktverfasstheit, die sehr statisch war – im Übrigen ein Problem, mit dem viele europäische Staaten, etwa mit Blick auf die Jugendarbeitslosigkeit, heute zu kämpfen haben – und wir hatten schlechte Daten. In diese Zeit kam der Bundespräsident, kam Roman Herzog mit seiner berühmten Rede. Er hat skizziert, was man heute an Mut, was man an Freiheit, was man als einen Ruck braucht, der durch Deutschland geht, um wieder nach vorne zu kommen. Er sagte damals: „Wenn wir alle Fesseln abstreifen, wenn wir unser Potential voll zum Einsatz bringen, dann können wir am Ende nicht nur die Arbeitslosigkeit halbieren, dann können wir sogar die Vollbeschäftigung zurückgewinnen.“

Wenn man sich heute nur die objektiven Daten anschaut, dann ist man in einer großen Gefahr, sich zurückzulehnen und zu sagen: „sehr schön, der Ruck hat gewirkt und wir haben die Ziele erreicht“. Wir gehen in Richtung Vollbeschäftigung, wir haben Regionen in Deutschland, wo wir zurzeit eher das Problem haben, dass wir noch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für freie Stellen finden müssen. Wir haben ein gutes, nachhaltiges, kräftiges Wirtschaftswachstum. Wir haben den vierten Bundeshaushalt in Folge ohne neue Schulden. Eine sehr stabile Situation, auch im Vergleich zu den Ländern um uns herum. Trotzdem habe ich den Eindruck, dass wir auch im Jahr 2017, gerade jetzt eine solche „Ruckrede“ noch einmal bräuchten. Einen Ruck durch Deutschland gehen zu lassen ist in einer Situation, in der es augenscheinlich allen gut geht und in der zumindest an der Oberfläche betrachtet alles in bester Ordnung ist, psychologisch gesehen eine viel größere Herausforderung als in einer Situation, in der jeder das Gefühl hat, hier stimme etwas nicht und wir könnten das nicht so belassen. Sich diesen Ruck noch mal zu geben, das ist aus meiner Sicht die vornehmste und die größte Aufgabe, die wir jetzt und heute, in dieser Stunde als verantwortliche Politikerinnen und Politiker in Deutschland haben.

Deswegen ist die Frage, ob, wie und in welcher Zeit wir eine handlungsfähige, stabile

und vor allem nach vorne gerichtete Bundesregierung bilden, eben keine Petitesse. Wir sollten nicht sagen: „Wir haben ja eine geschäftsführende Regierung und das wird schon alles irgendwie weiterlaufen“. Wir sehen mit Blick auf die Diskussion in Europa und den Bedarfen innerhalb von Deutschland, dass wir sehr schnell handlungsfähig werden müssen. Wie wollen wir denn von Bürgerinnen und Bürgern einen Ruck verlangen, wenn wir uns diesen Ruck als Politik nicht selbst geben können?

Deswegen hoffe und wünsche ich mir sehr, dass wir schnell und zügig zu Ergebnissen kommen. Denn unsere Zeit ist in einem extremen Wandel begriffen und sie wird nicht auf uns warten, bis wir Antworten gefunden haben. Am augenscheinlichsten wird das momentan, wenn man sich die Situation international und in Europa anschaut. Wir hatten im Frühjahr und im Sommer die Vorschläge des französischen Staatspräsidenten. Zuerst gab es keine Vorschläge in Europa, weil man auf Frankreich gewartet hat. Dann hat Frankreich Vorschläge vorgelegt. Dann hieß es, wir können noch nicht reagieren, weil die Deutschen noch nicht gewählt haben. Jetzt haben die Deutschen gewählt, jetzt hat die Europäische Kommission mit ihren Vorschlägen nachgelegt – und wieder wartet man auf Deutschland, weil wir zurzeit keine handlungsfähige Regierung haben.

Das macht aus meiner Sicht deutlich, dass das Zeitfenster, das wir haben, auch mit Blick auf die Europawahlen 2019, ein begrenztes Zeitfenster sein wird und dass wir, wenn wir Europa weiterentwickeln und weiter vertiefen wollen, dies jetzt tun müssen. Wenn wir möchten, dass diese Weiterentwicklung und Weitervertiefung eine deutsche Handschrift trägt, die der Sozialen Marktwirtschaft gerecht wird, dann werden wir uns schnell zu dieser Frage positionieren müssen.

Man kann sicherlich über viele Einzelheiten streiten, sowohl über die Vorschläge des französischen Staatspräsidenten als auch über das, was Jean Claude Juncker in der Öffentlichkeit vorgestellt hat. Ich glaube, dass für uns wichtig sein muss, was auch im

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

BERLIN

ANNEGRET KRAMP-
KARRENBAUER

6. Dezember 2017

www.kas.de

www.kas.de/psm

Mittelpunkt der Politik von Ludwig Erhard steht: das Prinzip Eigenverantwortung. Es darf auch keine Auflösung zwischen Handeln auf der einen Seite und Verantwortung für dieses Handeln auf der anderen Seite geben – eben auch und gerade, was das Fiskalische anbelangt. Dies muss unsere Richtschnur bei der Diskussion um die Entwicklung eines Europäischen Währungsfonds und gemeinsamen europäischen Finanzministers sein.

Ich will dies an einem Beispiel deutlich machen. Die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Europa hat verdeutlicht, dass das nicht nur eine nationale Aufgabe, sondern eine große europäische Herausforderung ist. Denn wir können nicht zulassen, dass wir einer ganzen Generation in Europa als erstes Signal senden: „Ihr seid gut ausgebildet, aber wir haben keine Verwendung für euch“. Das ist ein Signal der Hoffnungslosigkeit. Europa war nie auf Hoffnungslosigkeit, sondern ist auf Hoffnung gegründet.

Wir haben auf der europäischen Ebene viel Geld für Hilfsprogramme zur Überwindung von Jugendarbeitslosigkeit zur Verfügung gestellt. Mein Eindruck – auch in der konkreten grenzüberschreitenden Erfahrung und Arbeit mit Frankreich – war eben, dass es nicht eine Frage der Hilfsprogramme aus Brüssel oder des Geldes war. Vielmehr war es eine Frage der klaren Analyse und der Bereitschaft der betroffenen Staaten, sich mit den Ursachen zu befassen. Zu denen gehören das Ausbildungssystem, die Verfasstheit des Arbeitsmarktes und arbeitsrechtliche Regelungen. Solange die Mitgliedsstaaten nicht bereit sind, diese Verantwortung zu übernehmen, nützt aus meiner Sicht jeder noch so gut ausgestattete europäische Fonds zur Hilfe nicht wirklich weiter. Deswegen ist es diese Diskussion, die wir nun in erster Line führen müssen.

Aber wir müssen diese Diskussion eben auch bei uns führen. Wenn wir über Digitalisierung als beherrschendes Thema der Zukunft reden, dann reden wir über mehr als nur über neue technische Möglichkeiten, neue Produktionsmöglichkeiten, eine neue Mensch-Roboter-Kooperation. Wir reden über eine Gesellschaft, wir reden über eine

Welt, die sich grundlegend verändern wird. Und die Frage, ob ich etwa mit einem Algorithmus umgehen kann, ob ich ihn durchschauen kann, die Frage, ob ich programmieren, ob ich codieren kann – das ist nicht mehr nur die Frage, ob ich in einem naturwissenschaftlichen Unterricht diese mathematisch-technische Fähigkeit erlerne oder nicht. Es ist im Grunde genommen die Fremdsprache der heutigen Zeit, die Sie lernen müssen. Wenn Sie nicht wissen, wie Algorithmen funktionieren, dann werden Sie auch nicht durchschauen, warum Sie bei der Suche nach Informationen nur noch eine sehr gefilterte Wirklichkeit bekommen, warum Sie nicht mehr auf alle Quellen zurückgreifen können. Und das ist, als ob Sie sich in einer fremden Gesellschaft bewegen, die eine andere Sprache spricht. Wenn Sie diese Sprache nicht erlernen, können Sie zwar in dieser Umwelt überleben, aber Sie werden nie aktiv teilhaben können.

Ich darf daran erinnern, dass Ludwig Erhard und die Soziale Marktwirtschaft aktive Teilhabe von mündigen, von selbstbestimmten Bürgerinnen und Bürgern wollen. Deswegen ist das Thema Digitalisierung vor allem ein Thema der Bildung. Und wenn uns die neue IGLU-Studie zeigt, dass wir stagnieren bei den Kulturtechniken, dass wir im Bereich der Digitalisierung unserer Schulen – was das Bildungsprogramm anbelangt, was die Lehrerbildung anbelangt, was die technische Ausstattung anbelangt – bei weitem noch nicht so weit sind, wie das andere Staaten in Europa sind, dann wird aus meiner Sicht ganz deutlich, wo ein Schwerpunkt der zukünftigen Bundesregierung liegen muss: nämlich im Bildungsbereich, wirklich in einer nationalen Kraftanstrengung, diese Dinge auf den Weg zu bringen. Und ich sage Ihnen ganz ehrlich, auch als überzeugte Föderalistin und ehemalige Präsidentin der Kultusministerkonferenz: mein Eindruck ist, manche Diskussionen, die wir über die Frage führen, ob das Grundgesetz jetzt geändert werden muss oder nicht, ist eine vorgeschobene Diskussion, um sich vor diesen Aufgaben wegzudrücken. Wenn alle in der Bundesrepublik einen vernünftigen Ansatz wollen, dann können sie diesen Ansatz auch umsetzen – auch jetzt schon auf der Grundlage des geltenden Grundgesetzes. Deswe-

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

BERLIN

ANNEGRET KRAMP-
KARRENBÄUER

6. Dezember 2017

www.kas.de

www.kas.de/psm

gen sollten wir uns in der Sache um die Fragen kümmern und nicht um vorgeschobene juristische Fragen.

Das Thema Digitalisierung ist auch ein Thema für unsere Wirtschaft. Es ist ein Thema für die Industrie, das ist das, was einem zuerst ins Auge fällt. Ich kann das aus eigener Erfahrung sagen, weil ich aus einem Land komme, das eine ganz starke Industrieregion ist, das eine ganz große Industrieaffinität hat und wo das Thema Digitalisierung, insbesondere das Thema Produktion 4.0, prominent ist.

Aber die Frage der Digitalisierung geht eben weit darüber hinaus. Sie ist zum einen die Frage, welche Arbeitsplätze auch in einer Produktion der Zukunft erhalten bleiben und welche nicht. Ich will an dieser Stelle sagen, dass ich ausdrücklich nicht die Auffassung teile, dass alle Tätigkeiten, etwa im industriellen Bereich, in Zukunft durch Digitalisierung oder Maschinen entfallen werden. Wir haben Unternehmen wie ZF, wo deutlich wird, dass Menschen mit einer geringen Qualifikation durch assistierende Maschinen in kurzer Zeit in die Lage versetzt werden, auch komplexere Produktionsabläufe beherrschen zu können, und damit ihren Arbeitsplatz sichern. Aber wir werden erleben, dass die Digitalisierung die klassische Trennung zwischen Industrie, Handel und Dienstleistung zunehmend verwischen wird. Wir werden erleben, dass nicht mehr nur die Produktion von hervorragenden Autos unsere großen Automobilproduzenten ausmachen wird, sondern der Verkauf, das Anbieten eines rundum gelungenen und überzeugenden Mobilitätskonzeptes. Wir werden auch dort einen großen Bewusstseinswandel erleben – und dafür müssen wir uns aufstellen. Das ist eine Gemeinschaftsaufgabe von Politik, aber eben auch von den Verantwortlichen in unserem wirtschaftlichen Umfeld. Ich meine damit ausdrücklich auch die Sozialpartnerschaft, auf der ein Teil unseres Wohlstandes beruht – denn ich bin der festen Überzeugung: Je besser wir im Rahmen der Sozialpartnerschaft die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Digitalisierungsprozess mitnehmen, umso besser und umso gelingender können wir ihn gestalten.

Wir schauen sehr stark auf den industriellen Bereich. Aber wir erleben, dass durch die Digitalisierung in unserer Gesellschaft eben auch andere Arbeitsbereiche sehr viel stärker in den Mittelpunkt treten. Wir erleben, dass im familiären Umfeld viele der Dienstleistungen, die früher selbstverständlich innerhalb der Familie unentgeltlich geleistet worden sind – vom Aufziehen, von der Betreuung der Kinder bis zur Pflege der älteren Familienangehörigen, bis zur Versorgung des eigenen Haushalts – mittlerweile einen echten Arbeitsmarkt bilden. In diesem haben wir, glaube ich, noch nicht den Preis gefunden, den uns diese Arbeit wert ist. Wir sehen, dass Menschen, die sich in diesen Bereichen engagieren, Stichwort Pflege, benachteiligt fühlen. Wenn ich im Saarland die Lohnstruktur der Industrie und der Pflege vergleiche, ist es kein Wunder, dass ich mittlerweile wesentlich größere Probleme habe, Männer und Frauen für die Pflege zu finden, als für die Arbeit in einem Industriegebiet. Wir müssen uns überlegen, was uns auch diese Arbeit wert ist. Auch das hat etwas mit einer gelungenen, mit einer selbstverantworteten Gesellschaft zu tun. Auch das eine große Frage der Diskussion, der wir uns stellen müssen.

Das alles tun wir nicht nur im nationalen Kontext. Wir tun das vor dem Hintergrund offener Grenzen in Europa und der Welt. Wir tun dies auch vor dem Hintergrund einer Bewegung, die vor diesen offenen Grenzen mit all ihren positiven, aber eben auch mit all ihren negativen Effekten zurückschreckt und das Heil wieder im Nationalismus sucht. Ich glaube, es ist unsere gemeinsame Aufgabe deutlich zu machen, dass wir unseren Wohlstand gerade in Deutschland im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft den offenen Grenzen zu verdanken haben. Deswegen ist es unser ureigenes Interesse, dass wir die offenen Grenzen auch verteidigen, dass wir den Freihandel verteidigen. Freihandel wird aber nur funktionieren, wenn er auf der Grundlage einer fairen Basis, von fairen Regeln funktioniert. Daher ist es unsere Aufgabe, die Aufgabe einer neuen Bundesregierung dafür zu sorgen, dass die unterbrochenen Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten, mit Kanada oder mit anderen Regionen in der Welt wieder in Gang kommen

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

BERLIN

ANNEGRET KRAMP-
KARRENBAUER

6. Dezember 2017

www.kas.de

www.kas.de/psm

– denn am Ende des Tages werden wir auch von diesen Regeln profitieren. Wir sehen jetzt schon, dass wir ohne diese Regeln in einen ungeordneten Wettbewerb hineingehen – und der kann für uns hier in Deutschland sehr schädlich sein. Wenn das Thema Wettbewerb aber ein Thema ist, das zur Sozialen Marktwirtschaft gehört, dann gehört es auch zur Aufgabe der zukünftigen Bundesregierung zu schauen, wie wir unter dem Gesichtspunkt des Wettbewerbs in Deutschland aufgestellt sind. Gerade mit Blick auf die jüngsten steuerrechtlichen Entscheidungen in den Vereinigten Staaten ist es eine Frage, ob wir uns in diesen Zeiten Diskussionen über Steuererhöhungen leisten können.

In diesen Zeiten stellt sich auch die Frage, wie wir vor dem Hintergrund der Digitalisierung eigentlich mit der Bürokratie umgehen – und damit bin ich beim Preisträger des heutigen Abends angelangt. Ich glaube, dass hinter dieser Bürokratie vor allem das Bedürfnis steckt, sich abzusichern und alles bis ins kleinste Detail zu regeln. Und wenn Ludwig Erhard einmal gesagt hat: „Ich will mich aus eigener Kraft bewähren, ich will das Risiko des Lebens selbst tragen, will für mein Schicksal selbst verantwortlich sein, Sorge du Staat dafür, dass ich dazu in der Lage bin“, dann ist das für mich ein Appell in Richtung Bildung. Es ist aber auch ein Appell in Richtung einer Selbstbegrenzung und ja, einer Selbstverpflichtung der öffentlichen Verwaltung, was eigentlich an Bürokratie, an Regelungen erforderlich ist und was nicht.

Das mit der Bürokratiediskussion ist immer so eine Sache: Global betrachtet stimmt jeder zu, dass wir zu viel Bürokratie haben. Dann gibt es Gott sei Dank so etwas wie den Normenkontrollrat, und dann wird es konkret: welche Vorschrift können wir abschaffen? Dann stellt man fest, da wird man oft vom Mut verlassen.

Ich habe als Innenministerin des Saarlandes einmal für die Kommunen, die sich immer über Standards beschwert haben, ein sogenanntes „Standardflexibilisierungsgesetz“ ins Leben gerufen und den Kommunen zugesagt, sie von den Standards zu befreien,

von denen sie befreit werden möchten. Wir haben das Gesetz jetzt still und heimlich nach 10 Jahren beerdigt, weil eine Hand ausreicht, um die Anträge der Kommunen zu zählen, die gestellt worden sind. Das spricht vielleicht dafür, dass man die Kommunen nochmals ermutigen muss – aber die Zahl derjenigen Anträge, die wir genehmigen konnten, waren noch geringer, weil sich immer etwas gefunden hat: eine haftungsrechtliche Frage, im Zweifel etwas Europäisches, was es unmöglich gemacht hat, davon abzuweichen.

Deswegen hat die Frage, die ich ganz am Anfang gestellt habe – wie stellen wir uns auf unsere eigenen Kräfte ein, wie schaffen wir Raum und Zutrauen zu unserer eigenen Freiheit, zu unseren eigenen Fähigkeiten, ja, zu unserem eigenen Handeln? – etwas damit zu tun, wie viel Sicherungen wir einbauen und wie kompliziert wir etwas gestalten. Deswegen wünsche ich mir, dass wir beispielsweise in einem Programm einer neuen Bundesregierung Methoden oder Ansätzen folgen, die es in anderen Ländern schon gibt – etwa in Österreich, wo mit der Geburt des Kindes das Kindergeld ausbezahlt wird, das Elterngeld ausgezahlt wird, ohne über vier Stationen entsprechende Anträge stellen zu müssen, ja wo man in Kauf nimmt, dass es Fehlläufer oder Missbrauch geben mag. Trotzdem gibt es im Großen und Ganzen ein einfacheres Handling, mehr Bequemlichkeit für alle; es geht schneller und die Leistungen, die für die Menschen vorgesehen sind, sie kommen auch an.

Für mich selbst war bei den Sondierungsgesprächen im Bereich der Familienpolitik eine der faszinierendsten Fragen, wie wir das Thema Kinderzuschlag angehen. Sie erinnern sich – das ist der Zuschlag für Eltern, die wenig verdienen und in den Hartz IV-Bezug fallen würden, sobald sie Kinder haben. Der Kinderzuschlag soll genau das verhindern. Von all den Eltern, denen das in Deutschland eigentlich zusteht, beantragen es zurzeit nur ein Drittel. Ein Drittel! Alle anderen tun dies nicht. Ich habe mir dann im Laufe dieser Diskussion einmal das Formular ausdrucken lassen, mit dem man so etwas beantragen muss. Ehrlich gesagt: Ich habe mich danach gewundert, dass es

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

BERLIN

ANNEGRET KRAMP-

KARRENBAUER

6. Dezember 2017

www.kas.de

www.kas.de/psm

überhaupt ein Drittel der Eltern sind, die das tun. Das ist ein Formular, bei dem man das Gefühl hat, es ist eigentlich angelegt, damit möglichst niemand diese Leistungen in Anspruch nimmt. Ich glaube, gerade in diesem Bereich ist das Thema Bürokratieabbau, ist das Thema, wie ich etwas unter Nutzung der digitalen Möglichkeiten einfacher und zugänglicher machen kann etwas, was sehr gut zur Grundüberzeugung der Sozialen Marktwirtschaft passt: zur Grundüberzeugung, dass der Mensch zur Freiheit geboren ist und zur Freiheit begabt ist.

Lassen Sie mich das zum Abschluss sagen: Ich habe vorhin deutlich gemacht, dass es bei der Sozialen Marktwirtschaft auch immer um den Ausgleich zwischen sozialer Sicherheit und wirtschaftlicher Freiheit geht. Sicherheit ist etwas, dass sich Menschen in diesen unsicher gewordenen Zeiten vor allen Dingen wünschen. Deswegen glaube ich, dass sich eine neugewählte Bundesregierung insbesondere der Aufgabe stellen muss, Sicherheit zu gewährleisten – sowohl, was die äußeren Grenzen anbelangt, aber auch, was das sichere Zusammenleben in unserem Staat anbelangt.

Lassen Sie mich da ein kritisches Wort sagen: Wenn die Bürgerinnen und Bürger in diesem Staat das Gefühl haben, dass der Staat mehr Aufwand und mehr behördliche Akribie in die Kontrolle des Mindestlohns steckt als etwa in die Frage, wie auch durch Präsenz auf der Straße ein Mindestmaß an Sicherheit gewährleistet wird – dann dürfen wir uns nicht wundern, dass so viele Bürgerinnen und Bürger das Gefühl haben, dass der Staat hier die Prioritäten nicht mehr richtig setzt. Daher sage ich ja auch bei allen sozialen Leistungen, die wir anbieten, bei der Kontrolle, der es zur Missbrauchsbekämpfung bedarf, sollten wir auch im Sinne einer richtig verstandenen Sozialen Marktwirtschaft in den nächsten Jahren noch einmal genau überlegen, wo wir die staatlichen Mittel mit welcher Intensität einsetzen. Sie sehen also, es gibt viel zu tun. Ich bin mir ganz sicher: wenn Ludwig Erhard noch leben würde, würde er an dieser Stelle sagen: „Packen wir's an“.